



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Er.chein: wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Reichsmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3gepaaltene Pettzeile 1,- Reichsmark Todes- und Verammunionsanzeigen die Zeile 0,10 Reichsmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Mit Selbstvertrauen ins neue Jahr.

Wir nehmen wieder einmal Abschied von einem Jahre. Ein Sekundenschlag in der Ewigkeit Lauf ging wieder vorüber. Unerfüllte Hoffnungen werden begraben, neue werden aufgerichtet; das ewige sich seit Jahrtausenden wiederholende Spiel. Denn:

Die Jahre ziehen, das Leben gleitet hin,
Dem einen golden und dem andern grau;
Nur wer erfährt des Daseins wahren Sinn,
Dem lächelt Göttin Glück, die hehre Frau.

Auch über das vergangene Jahr wäre manches zu berichten. Es ist ein solches der Mühe und der Arbeit gewesen. Aber es war auch ein Jahr des Kampfes. Und wenn der Kampf der Vater aller Dinge ist, dann können wir mit dem verflochtenen Jahre durchaus zufrieden sein.

Ueber Art und Umfang der gewerkschaftlichen Kämpfe ist in letzter Zeit sehr viel geschrieben worden. Wir würden alle Selbstverständlichkeiten noch einmal platt treten, wollten wir auf diese Dinge nochmals eingehen. Das Jahr 1928 wird für immer als ein gewerkschaftliches Kampfsjahr ersten Ranges bestehen bleiben. Die Gewerkschaften haben sich glänzend gehalten. Die Unternehmer haben einsehen gelernt, daß sie in der organisierten Arbeiterschaft eine Großmacht vor sich haben, die sie wohl oder übel respektieren müssen. Es sei unser Wunsch beim Scheiden dieses Kampfsjahres, daß dieser lebendige Geist, Menschenrechte zu verteidigen oder zu erringen, auch fürderhin in der deutschen Arbeiterschaft lebendig bleiben möge.

Und wo immer müde Fehdler
Sinken im mutigen Strauß,
Es kommen frische Geschlechter
Und fechten es ehrlich aus.

An diese Worte Eichendorffs gilt es zu denken, wenn wir unseren Blick dem neuen Jahre zuwenden. Alle Kämpfer treten zur Seite, neue stehen auf und entrollen die Fahne des Mutes und der Zuversicht. So soll es auch im gewerkschaftlichen Leben sein.

Die Gewerkschaften haben in den letzten zehn Jahren Außerordentliches geleistet. Sie sind zum Säuerkeig der Zeit geworden. Man schlägt kaum eine Zeitung auf, um sie wenigstens nicht einmal erwähnt zu finden. Wie wurden diese Massenorganisationen des Proletariats ehemals verachtet und beschämt, und wie ganz anders ist es heute geworden. Heute lacht man nicht mehr, sondern der Kampf gegen die Arbeiterrechte, die zugleich Menschenrechte sind, wird mit dem Aufwand aller Mittel organisiert. Ein schöner Erfolg, dessen sich die Gewerkschaften rühmen können.

Es gehört nicht viel Prophetengabe dazu, um vorauslagen zu können, daß dieser Kampf zwischen Arbeit und Kapital auch im neuen Jahre anhalten wird. Das ist nur einmal nicht zu umgehen, solange nicht jedem Menschen auf dieser Erde dasjenige Maß von Lebensglück, Freude und Wohlstand gegeben wird, auf das er als Kulturmenschen Anspruch hat. Im täglichen Leben der Arbeiterschaft sollten wir uns nicht bei Kleinigkeiten und unnützen Nörgeleien aufhalten. Schopenhauer hat einmal ganz richtig gesagt: Wie kleine Gegenstände, dem Auge nahegehalten, unser Gesichtsfeld beschränken, die Welt verdecken, - so werden oft die Menschen und Dinge unserer nächsten Umgebung wichtige Gedanken und Angelegenheiten verdrängen.

Anschließend an das Wort dieses Philosophen sollten auch wir uns stets vor Augen halten, daß wir den Blick auf das Große zu lenken haben und die Ziele der Arbeiterbewegung sind doch so unendlich groß! Nur derjenige wird den Kampf und die Mühen desselben durchhalten können, der sich der Größe der Arbeiterbewegung und somit seiner eigenen Aufgaben bewußt ist. Gewiß haben wir uns auch mit kleinsten Dingen abzumühen, aber über allem steht doch das große Ziel von der Gleichheit

alles dessen, was Menschenantlig trägt. Dieses Ziel gilt es vorzubereiten.

Wenn wir aber in der Geschichte als ein großes Geschlecht genannt werden wollen, so müßte sich jeder Mensch immer die Worte des Dichters Richard Dehmel vor Augen halten:

Nimm dein Schicksal ganz als deines!
Hinter Sorge, Gram und Grauen
Wirst du dann ein ungemaines
Glück entdecken: Selbstvertrauen.

Das Selbstvertrauen tut der Arbeiterschaft dringend not. Wenn jeder einzelne ein genügendes Maß von Selbstvertrauen sein eigen nennen würde, und die Mehrzahl der Arbeiter von ihrer eigenen Kraft überzeugt sein würde, dann wäre vieles ge-

Den Mitgliedern und Freunden des Verbandes, den Lesern u. Mitarbeitern der „Solidarität“

die herzlichsten Glückwünsche zum Jahreswechsel

Der Verbandsvorstand
Die Redaktion der „Solidarität“

wonnen. Aber an der Schwelle eines neuen Jahres sollten wir uns dieser mächtigen Triebfeder allen Handelns entsinnen. Und wenn wir das tun, dann werden wir auch im neuen Jahre alle Schwierigkeiten mit Leichtigkeit überwinden. Und in diesem Sinne unseren Kolleginnen und Kollegen ein fröhliches neues Jahr!

Anlegerinnen sind keine Dienstmädchen, sondern Facharbeiterinnen.

Das Arbeitsamt in Mülheim a. d. Ruhr ist durch die Spruchkammer Düsseldorf des Landesarbeitsamts Rheinland in der Sitzung vom 10. Dezember 1928 endgültig belehrt worden, daß Anlegerinnen den Schutz des § 90, Abs. 3 des WABG. genießen und nicht ohne weiteres als Dienstmädchen vermittelt werden dürfen. Wie noch bekannt, ist schon in Nr. 41 der „Solidarität“ vom 13. Oktober d. J. unser Standpunkt eingehend in dem Artikel klargestellt worden: „Sind Anlegerinnen Dienstmädchen?“ Unsere Stellungnahme hat sich die Spruchkammer zu eigen gemacht. Die Gründe unserer Berufungsschrift gegen die Entscheidung des Spruchausschusses Mülheim an der Ruhr wurden gewürdigt und auf Antrag des Bevollmächtigten des Landesarbeitsamts, der Anlegerinnen zu angeleiterten Facharbeiterinnen zählt, folgender Spruch gefällt:

„Der Berufung wird stattgegeben und die Entscheidung vom 30. August 1928 aufgehoben. Der Klägerin ist die gesetzliche Unterstützung zu zahlen.“

Tatbestand und Gründe.

Die 33jährige Klägerin stellte am 7. Juli 1923 Antrag auf Arbeitslosenunterstützung. Am 24. Juli 1923 wurde der Klägerin mitgeteilt, daß ihr die Unterstützung erst nach Ablauf von vier Wochen auf Grund erneuten Antrags gewährt werden könne, weil sie nicht arbeitswillig sei und ihr angebotene Arbeitsstellen im Haushalt nicht angenommen habe.

Gegen diesen Bescheid erhebt Klägerin am 30. Juli 1928 Einspruch mit der Begründung, daß sie Anlegerin sei und eine einjährige Befristung hinter sich habe. Würde sie gezeugungen, eine Stellung im Haushalt anzunehmen, so hätte sie keine Gelegenheit, sich nach einer anderen Stelle umzusehen.

Der Spruchauschuß in Mülheim hat am 30. August 1928 den Einspruch als unbegründet zurückgewiesen und in den Entscheidungsgründen gesagt, daß der Klägerin die Annahme der ihr vom Arbeitsnachweis angebotenen Haushaltsstellen zugemutet werden müßte, zumal die Hausarbeit die ureigenste Arbeit der Frau sei. Auch könne der Einwand der Klägerin, sie gehöre als Anlegerin zu den gelehrten Berufen, nicht als stichhaltig angesehen werden, weil Anlegerinnen nur angeleiterte Kräfte sind, und zum Hilfspersonal des Druckereigewerbes gehörten.

Gegen diese Entscheidung legt Klägerin am 12. September 1928 Berufung ein. Klägerin beantragt Aufhebung der Entscheidung vom 30. August 1928 und, ihr die Arbeitslosenunterstützung zuzusprechen. Auf das Berufungsschreiben und den übrigen Akteninhalt wird verwiesen.

Es war, wie geschehen, zu erkennen. Die eingehende mündliche Verhandlung hat ergeben, und die Bestimmungen des Reichstariifs für das Deutsche Buch- und Zeitungsbudereihilfspersonal haben unzweideutig erkennen lassen, daß Klägerin als Anlegerin zum mindesten als angeleiterte Arbeiterin zu betrachten ist und ihr daher wenigstens der Schutz des § 90, Abs. 3 WABG. zu gewähren ist. Erst nach Ablauf der neunwöchigen Unterstühtungsdauer dürfte zu prüfen sein, ob die Unterbringung der Klägerin in ihrem Beruf möglich erscheint und im Falle der Verneinung, ob die Klägerin nicht zweckmäßig einem anderen Beruf zuzuführen ist.

Insofern unterlag daher die Entscheidung des Spruchausschusses der Aufhebung, so daß der Klägerin die gesetzliche Arbeitslosenunterstützung zu zahlen ist.

Diese Entscheidung ist endgültig gemäß § 182 WABG.

Urkundlich unter Siegel und Unterschrift.
Spruchkammer Düsseldorf des Landesarbeitsamtes Rheinland.

gez. von Strauß und Torney.

Wie ersichtlich, ist vorstehende Entscheidung endgültig. Sollten irgendwelche Gegenstände ebenso verständnislos unserem Berufe gegenüberstehen, wie das ehemals städtische Arbeitsamt und der Spruchauschuß in Mülheim a. d. Ruhr, so dürften in Zukunft diese Instanzen unter Hinweis auf vorliegendes Urteil leicht eines Besseren belehrt werden können.

Berlin,

eine Stadt des Alters und der Arbeit.

Der veränderte Bevölkerungsaufbau verdient nach wie vor größte Beachtung. In Berlin sind die jungen Geburtenjahrgänge am geringsten besetzt. Die Reichshauptstadt ist im ganzen viel älter als das übrige Deutschland. Das geht aus nachstehender Zusammenstellung hervor:

Berlin:	Von je 100 der Gesamtbevölkerung waren:		
	15 Jahre	15-50 Jahre	über 50 Jahre
männlich . . .	18,2	61,8	20,0
weiblich . . .	15,2	63,4	21,4
zusammen . . .	16,6	62,6	20,8
Deutschland:			
männlich . . .	27,0	54,7	18,3
weiblich . . .	24,7	56,2	19,1
zusammen . . .	25,7	55,5	18,8

Der Anteil der hauptsächlich arbeitenden Alter von 15 bis 50 Jahren ist in Berlin um rund 13 Proz. höher als in Deutschland. Nimmt man das Alter von 20 bis 40 Jahren, so haben in Berlin die Männer einen Anteil von 35,9, die Frauen einen solchen von 38,7, zusammen 37,4 Proz. In Deutschland überhaupt ist dieses Alter durch den Anteil von 31,5 bei den Männern und 33,5 bei den Frauen, zusammen 32,5 Proz. vertreten.

Kritische Umschau.

Schluß mit der Sozialpolitik!

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände veranstaltete am 15. Dezember in Berlin eine öffentliche Mitgliederversammlung. Geheimrat E. v. Borfig, — wer denkt da nicht gleich an großzügige Finanzierung rechtsradikaler Organisationen —, sprach über grundsätzliche Fragen deutscher Sozialpolitik. Neben der üblichen „Prophetie mit unierer Armut“ wurde wiederholt und eindringlich „der hohe Anteil der Arbeitnehmer auf sozialer Gebiete an der Wirtschaftsentwicklung“ hervorgehoben.

Es ist richtig, daß auf sozialem Gebiete ganz beachtliche Fortschritte zu verzeichnen sind. Da wir aber den Sinn der Wirtschaft darin sehen, entsprechend ihrer Ertragsfähigkeit die soziale Lage aller Wirtschaftsbeteiligten zu verbessern, teilen wir nicht die von Herrn v. B. zufällig ausgesprochene Auffassung, daß mit dem weiteren Ausbau der Sozialpolitik nunmehr endgültig Schluß gemacht werden muß. Auch uns ist bekannt, daß durch eine übertriebene Sozialpolitik die Wirtschaft ernstlich gefährdet werden kann. Wir vermissen nie, bei allen Forderungen und Aktionen ihre Tragfähigkeit verantwortlich zu bedenken. Wenn wir nun im Gegensatz zu Herrn v. B. eine kräftige Fortentwicklung der Sozialpolitik für wünschenswert und möglich erachten, so erklärt sich das anscheinend aus einer abweichenden Beurteilung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit. Schließlich aber können wir darüber gar nicht so leicht unterrichtet sein. Unser diesbezügliches Urteil hat sich doch derart häufig gegenüber Unternehmernswindeln als das richtige erwiesen, daß wir Herrn v. B.'s proklamierte Grenze nicht mehr als unübersteigbar betrachten können. Wie immer ist sich auch hier die Beurteilung der sozialpolitischen Möglichkeiten auf die ewige Frage zu: Sind Profite wichtiger, wie soziale Sicherung und Besserung des Arbeitslebens? Herr v. B. antwortete im Auftrage der deutschen Arbeitgeber mit einem zwar verschleierte, aber sicherlich überzeugten „Ja“. Unsere Antwort ist offener und hat den Vorzug, das entschiedene „Nein“ von circa 20 Millionen deutschen Arbeitnehmern zu sein.

Mehr Knechte...

Der Berliner Statistiker Dr. Kuczynski hat erstmalig mit einwandfreien Zahlen die europäische Bevölkerungsbewegung der Gegenwart entwicklungsgeschichtlich studiert und die Ergebnisse für sich veröffentlicht. Er kommt zu den exakten Feststellungen, daß in Frankreich, Deutschland, England und den skandinavischen Ländern die Bevölkerungsziffern in den letzten Jahren stehen geblieben sind. Sie würden jedoch beträchtlich zurückgegangen sein, wäre nicht die durchschnittliche Lebensdauer erheblich gestiegen. Da man allgemein annimmt, daß die Grenze der durchschnittlichen Lebensdauer ziemlich erreicht ist, wird voraussichtlich bereits in den nächsten Jahren die Bevölkerung in den erwähnten Ländern abnehmen.

Gegenüber den allzu einseitig gelesenen Vorteilen vorübergehender Art, die sich aus dieser Entwicklung ergeben, ist es notwendig, auf bestimmte weltpolitische, welt- und volkswirtschaftliche Gefahren hinzuweisen, die wegen ihrer Zukunftsbedeutung weitaus schwerer wiegen.

Aber die Produktion menschlicher Lebewesen ist ein Gebiet, auf dem die Einflussnahme Dritter nur aus ganz zwingenden, sozialen Rücksichten erfolgen dürfte. Zudem hat eine lange Entwicklung klar bewiesen, daß alle willkürlichen Maßnahmen zur Hebung der Geburtenziffern völlig wirkungslos auslaufen.

Schon aus diesen Gründen müssen wir die nervösen Vor schläge einiger großbürgerlicher Blätter ablehnen, die im Zusammenhang mit den Studienergebnissen Dr. K.'s allerlei staatliche Zwangsmaßnahmen zur Geburtensteigerung kategorisch verlangen. Solche Zwangsmaßnahmen richten sich, getreu den Absichten ihrer Urheber — immer nur einseitig gegen die Bevölkerungsschichten, die nicht in der Lage sind, ihnen durch Besitz und Erfahrung geschickt auszuweichen. Jede Angelegenheit hat aber auch eine belustigende Seite. Ausgerechnet großbürgerliche Organe empfehlen unter dem Hinweis auf die Verkleinerung der proletarischen Familie, den Staat für eine größere Fruchtbarkeit legitimer und illegitimer Ehebetten zu bemühen. Ausgerechnet also Organe, deren Besitzer und Leser sich bereits seit Jahrzehnten als Planiere des Ein- und Zweikinderheimes in praxis vorbildlich bewährt haben. Richtig! Zwei Knechte schaffen mehr als einer.

— — — und mehr Herren!

Nach einer berichtigten These des Untergangsschreibers Spengler gibt es in der Gesellschaft grundsätzlich nur zwei Menschenschichten: Oberschicht und Unterschicht. In der Oberschicht, die etwa alle Besitzenden umfaßt, sind Intelligenz, Führerqualitäten, wie überhaupt alle edlen Eigenschaften hundertprozentig vertreten. Dagegen ist in der Unterschicht: nun ja „da unten ist's fürchterlich.“ Aber beide Schichten sind für die Gesellschaft unentbehrlich. Die Unterschicht muß arbeiten, arbeiten und nochmals arbeiten. Sie muß so fleißig arbeiten, daß möglichst viel an wirtschaftlichen Gütern für die Oberschicht übrig bleibt, damit diese ohne materielle Sorgen ihre eigentliche Aufgabe erfüllen kann, nämlich Kulturwerte zu produ-

zieren. Und wenn die Unterschicht gegen diese Arbeitsteilung ernsthaft rebelliert, dann muß die Gesellschaft unweigerlich zerfallen.

Run hat seit einigen Jahrzehnten die Unterschicht unzweideutig zu erkennen gegeben, daß diese Arbeitsteilung ihrem Ideal nicht sonderlich entspricht und alle Anzeichen sprechen dafür, daß ihre daraufhin eingeleiteten Revisionsbestrebungen erfolgreich verlaufen werden. Das nahm Professor Spengler zum Anlaß, in einem dicken Bälzer den „Untergang des Abendlandes“ zu prophezeien und nach seinem Vorbild schreibt ein Dr. P. Rohrbach im „Kulturpiegel“ der „Köln. Ztg.“ vom 20. Dezember d. Js. über die „Krise der deutschen Kultur“ das folgende: Deutschland steht vor dem Untergang seiner Kultur, wenn die Oberschicht nicht die einzige Rettungsmöglichkeit ergreift, die ihr noch zur Verfügung steht. Unsere heutige Oberschicht stirbt fortgesetzt ab. Sie zeugt nicht halb soviel Kinder, wie zur Wahrung ihres Bestandes aus eigenen Reihen erforderlich wäre. Die erbliche Begehung wird ausgelugt und zurück bleibt der Untermensch (!), unfähig, Kultur zu tragen und fortzuentwickeln. Mehr als die Hälfte derer, die nötig sind, um die Stellen mit einer gebührenden Bildung und Schulung in den öffentlichen und privaten höheren Berufen zu füllen, müssen fortwährend durch den Aufstieg der Begabten aus den unteren Schichten herbeigeschafft werden, und wenn das noch lange so andauert, dann sind der Kulturuntergang und die Herrschaft der Untermenschen da.“ Die Aufgabe der Oberschicht ist „mehr Führerlaas zu schaffen“, d. h. mehr Kinder zu zeugen, damit das Eindringen von „Untermenschen“ in die Herrschaftsmonopole der Oberschicht unterbunden wird.

Wir „Untermenschen“ staunen und lächeln.

Aus dem Ausland.

Vertretung des Großkapitals im Parlament.

Im britischen Unterhaus werden 693 Unternehmern von 735 Direktoren vertreten (was bei den etwa 700 Mitgliedern des Unterhauses natürlich nur möglich ist, weil viele Abgeordnete gleichzeitig in verschiedenen Unternehmen solche Posten bekleiden). Besonders stark sind vertreten: die Versicherungsgesellschaften (42 Gesellschaften durch 59 Abgeordnete), der Bergbau (40 resp. 42), die Zeitungen usw. (35 und 35), die Textilindustrie (31 resp. 33), Trusts (33 resp. 37), Metallindustrie (Eisen, Stahl, 29 resp. 30), Maschinenbau (23 und 23), 11 Unterhausmitglieder (9 Konservern und 2 Liberale) haben insgesamt 189 Direktorenposten inne. D. h. sie bekleiden gleichzeitig mehr als 10 solche Stellen. Abgesehen von den oben angeführten Direktoren müssen noch sehr viele Abgeordnete in Betracht gezogen werden, die nicht aktiv an der Leitung von Unternehmen beteiligt sind, hingegen zu ihren Großaktionären gehören. Mit Recht weist die Arbeiterpartei bei der Wiederaufnahme dieser Zahlen auf die Wichtigkeit der stärkeren Vertretung der Arbeiterschaft im Parlament hin.

Die Trinkgeldfrage in Frankreich.

Schon vor 20 Jahren waren die Arbeiterorganisationen in Frankreich bestrebt, das Trinkgeld in Restaurants, Hotels usw. abzuschaffen und es durch einen antindianischen fixen Lohn zu ersetzen. Das Trinkgeld ist jedoch so stark in den Sitten des Landes verankert, daß es nicht möglich war, sofort diese radikale Maßnahme durchzuführen. Deshalb wurde zunächst dazu übergegangen, einen bestimmten Prozentsatz direkt von den Rechnungen abzuziehen, wie dies ja auch in anderen Ländern gemacht wird. Bei dieser Methode stellte sich jedoch die Unfiste ein, daß die Unternehmer vielfach einen Teil dieses Prozentsatzes für sich selber beanspruchten. Um diese Ungerechtigkeit in Zukunft zu vermeiden, ist nun ein Gesetzesentwurf unterbreitet worden, demzufolge es dem Unternehmer verboten ist, bei dem fixen Prozentsatz oder bei sonstigen Trinkgeldern irgendwelche Abzüge zu machen. Der oberste Arbeiterrat hat sich bereits nahezu einstimmig zugunsten dieser Maßnahme ausgesprochen und empfohlen, daß auch keine Abzüge vom Trinkgeld vorgenommen werden dürfen, wenn ein fixer Lohn gezahlt wird.

Frauenarbeit in Amerika.

Den letzten Volkszählungsangaben zufolge gibt es in den Vereinigten Staaten über 8 500 000 Frauen, die in Lohnarbeit stehen. Unter den 572 Berufen, die gezählt wurden, gibt es nur 35, in denen keine Frauen beschäftigt sind. Von fünf Frauen ist je eine als Lohnarbeitlerin beschäftigt. Auf vier Frauen entfällt ein Verheirateter, auf elf verheiratete Frauen eine Frau, die in Lohnarbeit steht. Ein Fünftel der in Arbeit stehenden Frauen ist weniger als 20 Jahre alt. Der gleiche Prozentsatz kommt bei den mehr als 44 Jahre alten Frauen in Betracht. Dies bedeutet, daß die meisten der in Lohnarbeit stehenden Frauen im Alter zwischen 20 und 44 Jahren außerhalb ihres Heimes beschäftigt sind, d. h. in einer Zeit, wo die häuslichen Pflichten und die Sorge für die Kinder am meisten auf ihnen lasten.

Soll jeder Arbeiter ein Automobil besitzen?

In einem Arbeitskonflikt wurde in St. Louis (Vereinigte Staaten) als Argument gegen eine Lohn-erhöhung angeführt, daß 37 Proz. der betroffenen Arbeiter Automobile besitzen. Deshalb sollten, so sagte der Geschäftsmann der Unternehmer, die Löhne eher herabgesetzt als erhöht werden. „The Daily News“ von Philadelphia bemerkt zu diesem Fall in einem Leitartikel: „Ein Mensch, der sich eines solchen Arguments bedient, gehört ins Irrenhaus! Einem Unternehmen, das eine solche Lohnpolitik verfolgt, sollte die Produktionsbewilligung entzogen werden, da es nicht nur der Öffentlichkeit Schaden zufügt, sondern eine direkte Bedrohung der Allgemeinheit darstellt. Wenn die Löhne der Arbeiter derart herabgesetzt werden, daß sie sich keine Automobile leisten können, so wird die Automobilindustrie zum größten Teil zerstört werden. Ihr Wohlergehen ist fast vollständig von der Kaufkraft der Lohnarbeiter abhängig. Der Gedanke, daß man den Arbeitern so niedrige Löhne wie möglich bezahlen soll, ist grausam und lasterhaft. Er beruht auf einer groben Verkennung der modernen wirtschaftlichen Grundgesetze. Unternehmer und Geschäftsleute müssen sich solcher Gedanken entwinden.“

Kurze Wirtschaftsnotizen.

Das Alter der Arbeitslosen. Im Bereiche des Landesarbeitsamtes Rheinland waren am 15. Oktober 92 068 männliche Arbeitslose und 20 841 weibliche unterfühlungsbedürftig. Von den männlichen Arbeitslosen waren im Alter bis zu 18 Jahren 2339, über 18 bis 21 Jahre 10 331, von 21 bis 45 Jahre 51 693, von 46 bis 60 Jahre 20 483 und über 60 Jahre 7019. Der Altersaufbau bei den weiblichen Angehörigen ist ähnlich. Hiervon geht hervor, daß unter den Arbeitslosen sich ein großer Teil jugendlicher Arbeitskräfte befinden. Daß eine lange Arbeitslosigkeit auf Jugendliche nicht günstig wirkt, braucht nicht auseinandergelegt zu werden.

Verwendung öffentlicher Mittel zum Wohnungsbau. Das Konjunkturinstitut bringt in einer der letzten Wochenberichte Angaben über die Verwendung öffentlicher Mittel im Wohnungsbau. Seit der Währungsstabilisierung sind bis zum 31. März dieses Jahres rund 8,8 Milliarden Mark investiert. Davon sind 54 Proz. öffentliche Mittel, die entweder aus öffentlichen Fonds stammen oder durch öffentliche Körperlichkeiten dem Wohnungsbau zugeleitet wurden. Der Hauptanteil im Gesamtbetrage von 4,77 Milliarden Mark entfällt auf die Hauszinssteuer.

Höhe der Aktienemissionen. Nach amtlichen Berechnungen wurden in dem ersten Dreierteljahr 1928 Aktienemissionen in Höhe von 937 Mill. Mk. durchgeführt. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug die Summe 1039 Mill. Mk. und 1927 524 Mill. Mk. Obwohl also der Kapitalmarkt im laufenden Jahre ziemlich angepannt war, konnten dennoch große Mengen junger Aktien untergebracht werden.

Beratungsstelle für ausgleichende Wehrmachtangehörige. Das Landesarbeitsamt Mitteldeutschland, Erfurt, teilt mit. Die Beratungsstelle für ausgleichende Wehrmachtangehörige (Verwebr) beim Landesarbeitsamt Erfurt ist am 17. November 1928 nach Anzeigebord verlegt und dem dortigen Arbeitsamt angegliedert worden. Die Aufgabe der Beratungsstelle ist, wie bisher, die Unterbringung der ausgleichenden Angehörigen der Wehrmacht und der Schutzpolizei im Bereiche des Landesarbeitsamts Mitteldeutschland.

Deutschlands Kunstpetroleumproduktion. Dr. Arthur von Weinberg, ein leitender Mann der IG-Farbenindustrie, sprach kürzlich in Amsterdäm über das Thema „Natürliches und künstliches Petroleum“. Deutschlands großer Bedarf an eingeführtem Petroleum habe, nachdem man auf synthetischem Wege Salpeter, Ammoniak, Holzgasel und Alkohol herstellen konnte, zu dem Wunsch geführt, auch das Rohöl aus eigenen Stoffen zu erzeugen. Die Anlagen der IG-Farbenindustrie auf dem Leuna-Werk seien jetzt soweit ausgebaut, daß mit einer Jahresproduktion von 200 000 Tonnen künstlichen Petroleums gerechnet werden könnte. Daburd wird aber Deutschlands Bedarf lange nicht gedeckt, denn 1927 wurden 1 570 000 Tonnen Petroleum eingeführt. Die Erzeugung von Kunstpetroleum steht aber noch in seinem Anfang, so daß auf diesem Gebiete noch viel zu erwarten ist. Für die notwendige Menge Petroleum genügt die Verarbeitung von zwei Prozent der deutschen Kohlenförderung.

Die Haftpflichtversicherung aller Rundfunkteilnehmer. Die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft hat für sämtliche Besitzer postalisch genehmigter Rundfunkempfangsanlagen eine Haftpflichtversicherung abgeschlossen. Die Versicherung tritt mit dem 1. Januar 1929 in Kraft. Sie umfaßt alle Personen und Sachschäden, die durch Rundfunkempfangsanlagen einschließlich der Hochantenne verursacht werden. Schäden an der Empfangsanlage selbst fallen nicht unter die Versicherung. Die Höchstleistungen belaufen sich bei Personenschäden auf 100 000 Mk., bei Sachschäden auf 25 000 Mk. Die Versicherung ist für die einzelnen Hörer kostenlos.

Der „gute“ Chef.

Von Werner Koll.

Der Inhaber der Firma „Krad u. Aronsohn, lithographische Kunststadt“, Herr Kleine, war das Ideal eines Chefs. Er hatte ein tiefes soziales Verständnis und ein offenes Ohr für jeden seiner Untergebenen. Wer sich vertrauensvoll und höflich an ihn um Vorschlag wandte, konnte bestimmt auf Erfüllung seiner Bitte rechnen. Hier war ein Drucker infolge längerer Krankheit seiner Frau in Schwierigkeiten geraten, dort konnte eine Angestellte vorteilhaft einige Möbelstücke erwerben, bei einem Dritten stand die Einbringung von zwei Kindern bevor. Für wirtschaftliche Bedrängnis hatte der Chef ein mitfühlendes Herz. Eine Wogenfängerin zeichnete er besonders aus und überreichte ihr zur Vermählung ein kleines Service. Dieses Geldstück wurde von den Bekannten nicht benutzt, sondern pietätvoll im Glasbehälter an sichtbarer Stelle aufbewahrt und allen Besuchern mit Stolz gezeigt. Alle diese menschenfreundlichen Handlungen verließen natürlich nicht ihre Wirkung auf seine Arbeiter und Arbeiterinnen; sie waren nicht wenig stolz auf ihren Brotherrn; es herrschte zwischen beiden ein wechselseitiges Vertrauensverhältnis, das durch seine Zweckmäßigkeit getrieben wurde.

Die Arbeiter hatten auch mächtig keine Veranlassung zur Klage. Herr Kleine sorgte schon nach besten Kräften für genügend Aufträge. Er nahm er Arbeiten an, bei denen er beinahe noch Geld zugab. An den Posttagen zum Beispiel war absolut nichts zu verdienen; uneigennützig verzichtete er für sich auf jeden Gewinn; die Hauptsache war, daß seine Leute Beschäftigung hatten. Das Personal ließ er verdienen; er hatte durchaus nichts dagegen, wenn es täglich drei bis vier Ueberstunden leistete, auch Sonntags durfte es arbeiten. An mehreren Schnellpressen stellte der Chef fünfzehnjährige Mädchen, die allerdings nur 12 Mk Lohn erhielten, — aber dafür sorgte er doch für ihre Zukunft, indem er ihnen die Mädelcherei gab, sich als perfekte Anlegerinnen auszubilden. Er meinte es gut mit jedem. Tariflohn konnte er unter diesen Umständen nicht zahlen, aber das verlangte ja auch niemand; alle waren froh, wenigstens besändig Arbeit zu haben; die Differenz glückte sich ja durch die reichlichen Ueberstunden und die Sonntagsarbeit wieder aus.

Keinem kam der Gedanke, dem Verband beizutreten. Herr Kleine freute sich, eine zufriedene und willige Arbeiterkraft zu haben. Im stillen wünschte er sich alle so wie seinen Hilfsarbeiter Karl Baumann. Der hatte noch Verständnis für die wirtschaftlichen Sorgen und Nöte des Chefs. Bei der Lohnzahlung nahm Baumann sein Geld mit einer devot lächelnden Verbeugung in Empfang und verläumte nie zu sagen: „Danke auch schön, Herr Kleine!“ Baumann arbeitete schon 34 Jahre bei der Firma Krad und Aronsohn zur vollen Zufriedenheit seiner Herren; er ließ sich von keinem anderen Grünhändler seine Handlungsweise vordrängen. Im Laufe der Zeit hatte er sich seine eigene Lebensphilosophie zurechtgelegt. Die Interessen des Chefs waren auch die seinen, das war die Richtlinie, an der sich Baumann orientierte.

Aber es gab unter den Kollegen auch einzelne, die nicht wußten, welche Schwierigkeiten es dem Unternehmer zuweilen bereite, auch nur den Lohn für die Arbeiter herbeizuführen. In ihrer Verblendung verlusteten sie sogar, die Kollegen gegen ihren Arbeitgeber aufzuheben. Wer sich von solchen Burlesken in maagenen ließ, erlebte mit diesen zusammen seine wohlverdiente Entlassung. Auf diese Weise war der Chef gezwungen, sein Personal von Zeit zu Zeit zu erneuern. Herr Kleine war ein guter Chef, aber Hebel und Widerspruch bildete er unter seinen Umständen in seinem Betrieb. Er süßte sich als ein Betrüger, den die Arbeiter solange ausgenutzt und dessen Gutmütigkeit sie schändlich mißbraucht hatten. Diese Unabwiesbarkeit fränkte ihn um so mehr, weil die Reueingestellten noch anspruchsvoller und begehrtlicher wurden als die, denen er loben die Tür gewiesen hatte. Die „Neuen“ verkündeten den Köder der kleinen Gelder und Zuwendungen und verlangten Tariflohn. Abschaffung der Sonntagsarbeit und anderes mehr.

Lange genug hatte die Belegschaft mit ihrer Arbeitskraft einen klamotten Wacker treiben lassen. Hatten nicht die Angelernten und Wogenfängerinnen jahraus, jahrein unbegrenzte Ueberstunden geleistet und waren sie nicht rücksichtslos entlassen worden, als sie wegen ihrer wunden, geschwollenen Füße ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen mußten? Die bisherigen Klagen über die Unwirtschaftlichkeit des Betriebes waren dreiste Lügen, berechtigt für die Belegschaften. Hatte Herr Kleine nicht erst vor kurzem eine luxuriöse Villa erworben, deren elektrische Einrichtung allein mehr als 3000 Mk. kostete? Herr Kleine spürte instinktiv, daß es in seinem Betrieb gäbe; er hatte keine Lust, sich mit diesen widerwärtigen Elementen herumzuquälen und glaubte der Aufsicht am besten Herr zu werden. Indem er einen „energiehellen, zielstrebigem“ Oberdrucker engagierte, Herr Kleine ließ seine Leute zusammenrufen und hatte die Absicht, anlässlich der Vorstellung temperamentooll anzukündigen, daß mit dem alten Schlenkrian gebrochen werden muß. „Ich stelle Ihnen hiermit den neuen Oberdrucker, Herrn Liebetrau, vor, unter dessen Aufsicht sie von jetzt ab zu arbeiten haben; allen seinen Anordnungen ist unbedingt Folge zu leisten!“ — Er wollte zu einem neuen Soh aufhören — denn er hatte die Ansprache zu Hause schriftlich fixiert und war gründlich darauf vorbereitet —, aber plötzlich verlor er seinen Faden — beim Umherblicken gemahnte er unter seinen Arbeitern einige Gesichter, die ihn ironisch und hämisch lächelnd anstarrten. Er geriet dadurch in maßlose Wut und wurde nun völlig aus dem Konzept gebracht. Um der peinlichen Situation schnell ein Ende zu machen, lagte er ärgerlich: „Gehen Sie jetzt an ihre Arbeit!“

Dann nahm er seinen Meißer beiseite, gab ihm scharfe Anweisungen und warnte ihn vor allem vor den destruktiven Elementen in seinem Betrieb. „Mit Nachsicht und Gutmütigkeit kommen sie bei der Bande nicht weiter. Die Erziehung habe ich gemacht. Schmeißen sie die Leute bei der geringsten Widersetzlichkeit raus. Gehen sie ganz radikal vor!“

Nach dem bekannten mechanischen Gesetz wird durch Druck Gegendruck erzeugt. Die Belegschaft hielt kurz entschlossen eine Verammlung ab; gerade die ärgsten Feind-

wurden als Betriebsrat gewählt. Dieser mochte sich alle möglichen Belange an, und als der Chef, der andauernden Schikanen überdrüssig, den Betrieb stilllegen wollte, war der Betriebsrat sogar verneinend, Einmütig in die Geschäftsbücher zu verlangen! Nun half weiter nichts, als die Auffälligen schleunigst herauszuwerfen. Aber da hatte er die Rechnung ohne das Arbeitsgericht gemacht, das ihn zur Wiedereinstellung verurteilte; obendrein mußte er noch den Lohnausfall zahlen. Als letzten Versuch wandte Herr Kleine einen neuen Trick an. Mit Speck fängt man Mäuse, dachte er. Dem Klang und der Macht des Geldes wird auch sein Betriebsrat nicht widerstehen können. Also legte er bei der Lohnzahlung einige Male zehn Mark extra in die Lohnkassette. Der Erfolg war negativ; der Betriebsrat war unbestechlich und lehnte diese geheimen Zuwendungen ab, falls sie nicht als Dauerzulage gelten sollten. Es half alles nichts. Seitdem der vermüdete Betriebsrat im Amt war und von Rechts wegen gezwungen wurde, diesen Aufwiegler Lohn und Brot zu geben, hatte der Chef überhaupt keine Autorität mehr.

Die Abneigung gegen die veränderten Verhältnisse teilte Herr Kleine nur mit seinem Beträuen, dem Hilfsarbeiter Karl Baumann; es schmerzte diesen, daß der Chef ihn unbedeutenderweise in Verdacht hatte, mit den Hebern zu sympathisieren. Früher hatte der Chef jederzeit einen freundlichen Gruß für ihn übrig und setzte ihm hin und wie-



Buchladen.

Hoi, die Braut, die tausend Bücher — rot und gelb und grün und braun. Et, die Freude: all die Bücher wunderlieblich anzusehen!

Und die alten Bibliotheken schäufeln hier den ganzen Tag: Da bei Büchern, all den vielen — sich ein seltsames finden mag?

Und da kommen dann die Geden: jung und leicht und smart und blaß — Voll'n das Gedicht nur mal neben: Ledentöster laßt sich was!

Büchertladen, Geist gespeichert — Wissenschaft und Kunst und Reize. Täglich wird der Markt bereichert, täglich neue Herzengespelle.

Leser knistert es im Laden, leise klagen die Autoren — Immer leer der arme Magen, Hungerkünstler: die Autoren!

Hund der Drucker und der Seher, Hilfsarbeiter auch dazu — Und der Binder und der Leher: Alle klagen aus dem Buch!

Mag Dortu.



der heimlich ein paar gute Havanna oder ein Paket Tabak zu. Durch den Betriebsrat war der Chef verdröben worden, und er, Karl Baumann, mußte mit darunter leiden. Gegen die Mächtigsten anzukämpfen war aussichtslos; diese Ruhanwendung hatte er schon aus seiner Militärzeit gelernt. Man muß am besten, wenn man sich mit den Oberen nicht mehr verleiende. Als der alte Herr Aronsohn noch lebte, da war freilich eine andere Zeit; der legte stets großen Wert darauf, daß ihm jeder Arbeiter und jede Arbeiterin an den Vortagen der Feiertage die Hand drückte und ein frohes Fest wünschte. Baumann süßte sich seinerzeit fast zur Familie gehörig und wurde auch stets mit seinem Vornamen gerufen; er fand sich in der neuen Zeit gar nicht mehr zurecht.

Die übrigen Kollegen aber verspürten nicht im mindesten das sentimentale Bedürfnis nach Familienanschluß; mit dem Chef verband sie kein Gemeinschaftsgefühl. Ihren Lohn nahmen sie nicht mit ergebnem Bückling und Dankesbezeugungen in Empfang; sie waren allen Erstes der Ansicht, daß zwischen dem tatsächlichen Ertrag ihrer Arbeit und dem ausbezahlten Lohn noch eine erhebliche Differenz bestand. Das Wohlwollen des Chefs war allerdings verachtet und unabwehrlich dahin, aber dafür erwies sich die Tätigkeit des Betriebsrats als segnerisch, wenn auch nicht für den Chef, so doch für die Kollegen und Kolleginnen, denen nun auch der Schutz des Betriebsratsgesetzes zur Seite stand und die nicht mehr der Willkürherrschafft eines anmaßenden Unternehmers ausgeliefert waren.

Eine Unternehmerfrau über Luxus und Arbeitstämpfe.

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ druckt in ihrer Nummer 206 eine Zuschrift einer Unternehmerfrau, die sich mit dem Arbeitstämpf im Ruhrgebiet beschäftigt. Wir lesen u. a.: „Wir wollen, daß die Arbeitnehmer uns verstehen, daß sie uns glauben sollen: es geht uns um Lohn oder Nichtlohn... Damit nun aber auch der einfache Arbeiter uns dies glauben kann, müssen wir alle durch unser Auftreten zeigen, daß die Lage für uns bitter ernst ist. Ich weiß n.,h., ob der Ruf des Düsseldorf: Oberbürgermeisters im Rheinland gehört ist; — hier jagt jeder das andere und man merkt nichts von Einschränkungen, um des Erstes der Lage willen... Der einfache Mensch steht nur, daß die Kreise, die er beneidet, rauschende Feste feiern, und daß rein äußerlich von einem Geldmangel, der es verbietet, den Stundenlohn um einige Pfennige zu erhöhen, nichts zu merken ist. Die Vergnügungslust in unserem Volke ist verheerend... Und da müßten wir versuchen, ein Bei-

spiel zu geben und wenigstens für die Zeit dieses Kampfes nur ganz einfache Gefeitigkeit pflegen, große Feste in Privatgärten und öffentlichen Gaststätten vermeiden, keine Wohltätigkeitsfeste veranstalten, und — das gilt für die Frauen! — in Kleidung so auftreten, wie es einer echten deutschen Frau in schwerer Zeit gebührt.“

Also selbst eine Unternehmerfrau glaubt die Vergnügungslust der bestehenden Klassen fügen zu müssen. Das besagt genau! Im übrigen bestärkt diese Zuschrift, wie groß die Klust hierzulande ist. Hier der Kampf um ein paar Pfennige mehr Lohn bei schwerer Arbeit — dort rauschende Feste, die Unsummen verschlingen. Es ist bezeichnend, daß angesichts dessen eine Unternehmerfrau für die Notwendigkeit eines so wirtschaftsschädigenden Kampfes wie die Auslieferung im Ruhrgebiet eintritt. Ein Sohn ist es, den Arbeitern zugumuten, daß sie an die „Armut“ der Unternehmer glauben sollen, wenn diese in rauschenden Festen sich amüsieren.

Ausgaben für Erziehung und Rordwaffen.

Neun Jahre nach Beendigung des angeblich zur Verteidigung der „Zivilisation“ geführten Krieges kann das vom Völkerverbund veröffentlichte Memorandum über die öffentlichen Finanzen der Jahre 1922 bis 1925 melden, daß in einem der letzten Jahre 23 Staaten für die nationale Verteidigung, das heißt die Herstellung von Rordwaffen, mehr als 505 Millionen Pfund Sterling ausgegeben haben, während sie im gleichen Jahre für Erziehungszwecke nur etwa 138 Millionen Pfund Sterling übrig hatten.

Die Gesamtbevölkerung der 23 Länder beträgt mehr als 800 Millionen Seelen. Per Kopf der Bevölkerung wurden demnach im Jahre 1925 27 ausgegeben: für Rüstungszwecke 12 Schilling 5 Pence und für Erziehung 3 Schilling 5 Pence. Die Ausgaben für Erziehungszwecke betragen 27 Proz. jener der nationalen Verteidigung. Die Ausgaben für Rüstungen übertrafen jene für Erziehungszwecke um 270 Proz.

Diese wenigen Ziffern sprechen eine deutliche Sprache! Wenn man bedenkt, daß die Entwicklung von Intellekt und Charakter die Grundlage des Fortschreitens der menschlichen Entwicklung darstellt, hingegen Rüstungen immer nur zu Tod und Vernichtung geführt haben, so erübrigt sich jeder Kommentar!

Durch Sparigkeit zu Wohlstand.

Im Kampf gegen die Sozialversicherung ist den Unternehmern und ihren Presseabakanten jedes Mittel recht. Dabei operieren sie dauernd mit dem Wörtchen „wenn“... Wenn ein Arbeiter seine ganzen sozialen Beiträge auf die Spartasse bringt, „wenn“ der Unternehmer seine Anteile dazu legt, „wenn“ das Geld dann unberührt stehen bleibt — dann hat der Arbeiter mit 60 oder 65 Jahren ein Kapital von 20 000 bis 40 000 Reichsmark beisammen, wovon er sorgenfrei leben kann. Ein Arbeiter, der die historische Entwicklung nicht kennt, könnte sich von solchen Ausführungen betören lassen, deshalb einige Einwendungen, die niemand widerlegen kann.

Die Ansammlung eines gewissen Reichtums wird nur sehr wenigen und nur in vereinzelten Fällen gelingen.

Wer nicht spekuliert, spielt oder erbt, bleibt ein armes Luder bis er stirbt!

„Wenn“ der einzelne Arbeiter sich die genannten Summen von 20 000 bis 40 000 Reichsmark ersparen soll, dann müssen natürlich alle die tausend Uebel im Arbeiterleben ausgeschaltet werden, die heute noch bestehen. Er darf keine Minute krank oder arbeitslos werden, darf keinen Unfall erleiden, Frau und Kinder dürfen keinen Arzt, keine Apotheke in Anspruch nehmen; jedes Wochenbett muß ohne Beihilfe überstanden werden. Wann also ein hoher Lohn dauernd gesichert und außergewöhnliche Ausgaben nicht nötig sind, dann — ja dann wäre es denkbar, daß auch ein Arbeiter mit 60 oder 65 Jahren sich ein kleines Kapital angesammelt hätte. Wenn aber der Arbeiter heute nur ein Durchschnittsalter von 40 bis 45 Jahren erreicht, dann kommt er nicht zu seinem angepriesenen Spartakapital. Und was fangen dann die Witwen und die Waisen an? Diese wenigen Ausführungen zeigen schon die Unhaltbarkeit der Unternehmerpläne. Sie sind deshalb unter allen Umständen abzulehnen, weil die Arbeitgeber insgeheim ganz andere Pläne damit verfolgen.

Wir brauchen nur an die Verhältnisse in der Vorkriegszeit zu erinnern! Auch damals gab es schon soziale Einrichtungen, Krankenkassen, Knappschaftskassen, Invalidenversicherung usw. Wer aber verfügte über die dort angesammelten Gelder? Die Unternehmer waren es, die sich aus solchen Klassen Riesensummen zu einem sportbilligen Zinsfuß geliehen haben, um damit ihre Betriebe auszubauen und notfalls mit denselben Geldern, die zum großen Teil aus Arbeiterergößen aufgebracht werden, Arbeiter und Arbeiterforderungen zu bekämpfen. Und weil im Deutschland der Nachkriegszeit der Einfluß der Unternehmer in diesen Versicherungszweigen geschwächt ist, weil die Arbeiterschaft danach strebt, die Selbstverwaltung in diesen Körperschaften zu erhalten und auszubauen, diese Gelder in eigene Verwaltung zu nehmen, deshalb der Kampf gegen die Sozialversicherung.



